

Motion Fraktion SVP (Erich Hess): Leistungsvertrag mit der Reitschule kündigen!

Die Reitschule ging in offiziellen Meldungen immer auf Distanz zu den anonymen Organisatoren von „Tanz dich frei“. Recherchen in der Zeitung „Der Bund“ zeigen nun aber: Die Reitschule hat die Verantwortlichen der Tanz-Demo finanziell unterstützt. Wie der „Bund“ berichtet, haben mehrere Personen aus der Reitschule die Verbindungen zu den Organisatoren bestätigt. So sei ein Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der Reitschule eingegangen, welcher schlussendlich bewilligt wurde.

Damit ist belegt, dass die Betreiber der Reitschule die Namen der Organisatoren von „Tanz dich frei“ kennen. Mit der Finanzierung der unbewilligten Demo durch städtische Subventionsgelder hat die Reitschule sich einmal mehr nicht an die Abmachungen mit der Stadt Bern gehalten. Ebenso hat die Reitschule mit ihrem Handeln die unbewilligte Demo überhaupt erst möglich gemacht. Die Reitschule ist damit verantwortlich für die entstandenen Sachschäden sowie für die Kosten, für die Sicherheitskräfte und die anschliessenden Aufräumarbeiten. Es ist ebenfalls anzunehmen, dass die Organisatoren selber aus dem nahen Umfeld der Reitschule stammen.

Sicherheitsdirektor Nause, welcher die Namen der anonymen Organisatoren ausfindig machen will, hätte ein leichtes Spiel, wenn er sich in der Reitschule umsehen würde. Mit der Überweisung von Geldern an die Organisatoren kennt die Reitschule auch die Namen der „Tanz dich frei“-Verantwortlichen. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Bern die nötigen Konsequenzen zieht. Es darf nicht sein, dass die Stadt sogenannte Kulturinstitutionen unterstützt, die wiederum illegale und gewalttätige Demos mit Steuergeldern finanzieren.

Die Reithalle hat somit den Leistungsvertrag mit der Stadt grob verletzt! Somit ist ein weiterer wichtiger Grund zu einer vorzeitigen Kündigung gegeben.

Aus diesem Grund fordere ich den Gemeinderat auf, den Leistungsvertrag mit der Reitschule auf den 31. Dezember 2013 zu kündigen.

Begründung der Dringlichkeit:

Kündigungstermin 31. Dezember 2013. Deshalb muss das Geschäft umgehend behandelt werden, damit der Gemeinderat noch genügend Zeit hat die notwendigen Massnahmen einzuleiten.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 20. Juni 2013

Erstunterzeichnende: Erich Hess

Mitunterzeichnende: Eveline Neeracher, Roland Jakob, Kurt Rüeegg, Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Manfred Blaser, Peter Bernasconi, Karin Hess-Meyer

Antwort des Gemeinderats

Wie bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob) „jtz längts“: Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat angesichts der Subventionierung der unbewilligten Tanz dich frei Demo durch das militante Umfeld der Reitschule? Ist der Herr Stadtpräsident der Schutzgott der Reithalle? sowie der Beantwortung der Kleinen Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Verbindung zwischen „Tanz dich frei“ 2013 und Reitschule ausgeführt, hat die IKuR (Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule) mit Schreiben vom 29. Juli 2013 bestätigt, dass sie die Veranstaltung Tanz dich frei nicht finanziell unterstützt hat. Zwar hat sie auf Anfrage ein Darlehen in der Höhe von Fr. 3 600.00 für diesen Zweck reserviert, der Betrag wurde aber nicht abgerufen. Die Mitteilung gegenüber den Medien, in der von einer finanziellen Unterstüt-

zung die Rede ist, datiert vom 20. Juni 2013 und bezieht sich auf den Beschluss, ein Darlehen zu gewähren. Im Weiteren weist die IKuR in ihrem Schreiben vom 29. Juli darauf hin, dass die Subvention der Stadt ausschliesslich für die Miete und als Anteil an die Nebenkosten verwendet wird.

Der Motionär geht davon aus, dass eine finanzielle Unterstützung der Veranstaltung durch die IKuR erfolgte und verlangt deshalb eine sofortige Kündigung des Subventionsvertrags. Neben dem Faktum, dass keine finanzielle Unterstützung erfolgte, muss hier offen bleiben, ob eine solche die einseitige Vertragskündigung gerechtfertigt hätte. All dies ändert nichts daran, dass der Gemeinderat von der IKuR die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen einfordert und jede Unterstützung von Gewalt durch die IKuR oder eine andere Organisation verurteilt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 20. November 2013

Der Gemeinderat